

Inhalt

1-6	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Grundsteuer-Reform • Städte fordern: Altschuldenproblem rasch lösen • Mehr Schutz vor Bedrohungen und Beleidigungen • Silvesterfeuerwerke in den Innenstädten • Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten • Städtetagspräsident Günther Bantzer gestorben • Integrationsklima verbessern
7-11	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Klimaneutrales Wachstum in Heidelberg: die Bahnstadt als Leuchtturmprojekt Von Professor Dr. Eckart Würzner • Garbsen und Neustadt am Rügenberge bündeln Infrastruktur- und Netzgeschäft Von Uwe Sternbeck und Dr. Christian Grahl
12	Aus den Städten
12	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Städte erleichtert: Bundestag verabschiedet Grundsteuer-Reform

Der Deutsche Städtetag ist erleichtert, dass der Bundestag am 18. Oktober 2019 mit großer Mehrheit die Grundsteuer-Reform beschlossen hat. Damit werde voraussichtlich eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen langfristig gesichert, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur:

„Die Reform der Grundsteuer ist zum Greifen nah. Mit dem heutigen Bundestagsbeschluss wird eine zähe Hängepartie parteiübergreifend beendet. Die Städte sind sehr erleichtert, dass jetzt mit großer Mehrheit eine tragfähige Lösung gefunden wurde. Gut ist, dass die Grundsteuer wertorientiert bleiben wird. Ob ich in einer Villa in bester Lage wohne oder im unsanierten Altbau am Stadtrand, ist ein Unterschied und muss sich in der Grundsteuer widerspiegeln. Das ist wichtig, damit sie von den Menschen akzeptiert und als gerecht empfunden wird. Nun muss noch der Bundesrat zustimmen, damit das Gesetz fristgerecht vor Jahresende in Kraft tritt. Dann ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Gemeinden endlich langfristig gesichert.“

Die Städte bekennen sich ausdrücklich zu einer aufkommensneutralen Reform. Sie soll nicht zu höheren Einnahmen führen. Dafür werden die Städte ihre örtlichen Hebesätze rechtzeitig anpassen. Die Länderöffnungsklausel haben sich die Städte nicht gewünscht. Wir hätten eine bundesweit einheitliche Grundsteuer bevorzugt, aber Bund und Länder haben anders entschieden, um eine Mehrheit zu sichern. Bei der Grundsteuer geht es um mehr als 14 Milliarden Euro jährlich, mit denen die Städte zum Beispiel Schulen, Kitas und öffentlichen Nahverkehr für ihre Bürgerinnen und Bürger finanzieren. Mit dem Reformgesetz wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018 umgesetzt. Das Gericht hatte gefordert, die völlig veraltete Bewertung der Immobilien bis Ende des Jahres 2019 neu zu regeln. Andernfalls dürfte diese wichtige Steuerquelle der Gemeinden ab dem kommenden Jahr nicht mehr erhoben werden.

Die neue Grundsteuer wird erstmals im Jahr 2025 erhoben. Bis dahin gilt das alte Recht weiter. Die lange Umsetzungszeit ist notwendig, weil alle rund 35 Millionen Grundstücke in Deutschland neu bewertet werden müssen. Die neue Grundsteuer wird kostengünstiger zu ermitteln sein als bisher, da viele Pauschalwerte verwendet werden und auf vorhandene Datenbestände zurückgegriffen werden kann.“

Städte fordern: Lösung für Altschuldenproblem rasch auf den Weg bringen

Die Städte haben an die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten appelliert, jetzt gemeinsam mit Bund und Kommunen rasch eine Lösung für das Altschuldenproblem zahlreicher Städte und Gemeinden auf den Weg zu bringen. Anlass war die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder vom 24. bis 25. Oktober auf Schloss Elmau in Bayern. Städtetagspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, sagte dazu gegenüber der Funke Mediengruppe:

„Kassenkredite von derzeit 42 Milliarden Euro sind eine schwere Hypothek für die Haushalte der besonders belasteten Städte. Die Überlegungen aus dem Bundesfinanzministerium, einen erheblichen Teil der kommunalen Kassenkredite in die Bundesschuld zu übernehmen, sind deshalb eine Riesenchance. Ich appelliere dringend an die betroffenen Länder, an einer Lösung mitzuwirken und ihren eigenen Beitrag zu leisten. Und alle anderen Länder sollten sich einen Ruck geben und einen nationalen Konsens mittragen, damit das Projekt gelingen kann. Das Problem der kommunalen Altschulden muss jetzt angepackt werden, solange die Zinsen noch niedrig sind. Die Städte sind selbstverständlich bereit, daran mitzuwirken. Sie werden weiter konsolidieren, wo es nur geht. Gleichwertige Lebensverhältnisse liegen im nationalen Interesse, das haben Bund und Länder in der Kommissionsarbeit im Sommer festgestellt. Die Altschuldenhilfe wäre ein substanzieller Beitrag dafür.

Der Vorschlag für eine einmalige kommunale Altschuldenhilfe des Bundes kann für zahlreiche betroffene Städte und Gemeinden einen Schuldenschnitt möglich

machen. Aber der Neustart gelingt nur, wenn jetzt alle beherzt handeln. Es geht um die Zukunftschancen von mehr als 10 Millionen Menschen, die in diesen Städten und Regionen leben. Die betroffenen Städte wollen für ihre Bürgerinnen und Bürger gute Kinderbetreuung, Bildungsangebote und einen verlässlichen ÖPNV bieten. Sie können aus eigener Kraft die Schuldenspirale nicht verlassen. Schon kleine Zinssteigerungen können dort den Haushaltsausgleich ins Wanken bringen. Weder die betroffenen Länder noch die Kommunen haben die finanzielle Kraft, um die Last aus den Strukturbrüchen der Vergangenheit allein zu bewältigen. Bund, Länder und Kommunen müssen jetzt an einem Strang ziehen. Nutzen wir diese Chance.“

Deutscher Städtetag veröffentlicht Broschüre „Stadtfinanzen 2019“

Das kommunale Altschuldenproblem, seine Ursachen, Auswirkungen und seine Lösung sowie die Grundsteuer-Reform sind wesentliche Themen der soeben veröffentlichten Broschüre „Stadtfinanzen 2019 – Schlaglichter des Deutschen Städtetages“. Außerdem analysiert die Publikation die aktuelle Finanzlage der Städte und greift die Themen gleichwertige Lebensverhältnisse, Flüchtlingsfinanzierung und die immer bedeutender werdende Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzmanagement auf.

Die Publikation „Stadtfinanzen 2019 – Schlaglichter des Deutschen Städtetages“ sowie weitere Informationen, Grafiken und Tabellen sind abrufbar unter www.staedtetag.de.

Mehr Schutz vor Drohungen und Beleidigungen gegen Kommunalpolitiker

Der Deutsche Städtetag unterstützt das Engagement von Bundesjustizministerin Lambrecht zum besseren Schutz gegen Drohungen und Beleidigungen. Die Ministerin will unter anderem den Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches neu fassen, der den Schutz vor übler Nachrede und Verleumdung gegen im „politischen Leben des Volkes stehende Personen“ regelt. Außerdem soll das Netzwerkdurchsetzungsgesetz so weiter-

entwickelt werden, dass es die Netzwerke verpflichtet, Morddrohungen oder Volksverhetzungen der Polizei zu melden. Dazu sagte Städtetagspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, gegenüber Medien:

„Es darf nicht sein, dass es besonderen Mut erfordert, sich kommunalpolitisch zu engagieren und mit seinen

Auffassungen in die Diskussion einzubringen. Die Städte sehen mit großer Sorge, dass Verunglimpfungen, Bedrohungen und Übergriffe gegen Menschen in der Kommunalpolitik zunehmen. Wir sind deshalb froh, dass der Bundespräsident, die Bundesjustizministerin und andere Respekt und Schutz für kommunalpolitisch Verantwortliche einfordern.

Auch die gesellschaftliche Debatte um den Umgang untereinander, um Sprache und Stil politischer Auseinandersetzung, besonders im Netz, ist in Gang gekommen. Das ist gut und bitter nötig. Jede und jeder Einzelne ist mitverantwortlich, Hass und Gewalt entgegenzutreten, ob bei Gesprächen am Arbeitsplatz oder in der Freizeit, in der Schule oder in den Vereinen. Wir alle sollten klar Stellung beziehen, wenn gegen andere Menschen gehetzt oder rassistische Witze gemacht werden.

Die ehrenamtlich Tätigen in der Kommunalpolitik zum Beispiel setzen sich in ihrer Freizeit ein, wollen etwas erreichen, möchten anderen helfen. Deshalb müssen

wir bei Hetze gegen sie ein klares Stoppschild setzen. Wir brauchen eine klare Haltung, die Respekt im Umgang und in der Sprache verlangt. Wir sind als Politikerinnen und Politiker ja nicht die einzigen, die der Hass trifft. Auch Feuerwehrleute, Rettungskräfte, Polizisten und Bedienstete in unseren Behörden erleben so etwas viel zu häufig. Das ist kaum noch zu ertragen. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Dazu gehört für mich auch, dass wir nicht dem Irrglauben erliegen, Demokratie lerne sich von selbst. Nein, Demokratie muss man lernen von klein auf, vor allem in der Schule und in der Ausbildung. Streit in der Sache gehört zur demokratischen Debatte, Beleidigungen und Angriffe aber nicht. Hass und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. Angriffe gegen Kommunalpolitiker müssen schnell und konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Dafür müssen alle Möglichkeiten des bestehenden Rechts ausgeschöpft und, wo es nötig ist, auch erweitert werden.“

Pro und Kontra von Silvesterfeuerwerken in den Innenstädten

Zur aktuellen Diskussion über das Pro und Kontra von Silvesterfeuerwerken in den Innenstädten sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, gegenüber Medien:

„In den Städten wird der Umgang mit privaten Silvesterfeuerwerken unterschiedlich debattiert. Auch die örtlichen und baulichen Gegebenheiten sind in den Innenstädten verschieden. Vor diesem Hintergrund gibt der Deutsche Städtetag keine Empfehlung zur Forderung der Deutschen Umwelthilfe ab,

Silvesterfeuerwerke in den Innenstädten zu verbieten. Zutreffend ist, dass Verbote auf rechtliche Hürden stoßen.

Daher sind wir offen dafür, wenn das Bundesumweltministerium bzw. das Bundesinnenministerium eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der Sprengstoffverordnung prüfen würden. Der Berliner Senat hat gerade beschlossen, im Bundesrat einen Antrag einzubringen, damit die Sprengstoffverordnung geändert wird.“

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Länder, Bund und kommunale Spitzenverbände beschließen Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten

Im Anschluss an die zweite Sitzung der Kulturministerkonferenz haben sich am 16. Oktober auf turnusmäßige Einladung der Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, die Staatsministerin im Auswärtigen Amt für Internationale Kulturpolitik, die Kulturministerinnen und -minister, die Kultursenatorinnen und -senatoren der Länder sowie die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände im Bundeskanzleramt zum 11. Kulturpolitischen Spitzengespräch getroffen.

Im Spitzengespräch wurde die Einrichtung einer „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ in Deutschland beschlossen. Damit wird ein zentraler Inhalt der bereits im letzten Spitzengespräch beschlossenen „Ersten Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ umgesetzt.

Die Kontaktstelle wird je zur Hälfte von den Ländern und dem Bund finanziert. Sie wird im ersten Quartal 2020 ihre Arbeit aufnehmen und organisatorisch bei der Kulturstiftung der Länder angesiedelt sein. Sie richtet sich insbesondere an Personen und Institutionen aus den Herkunftsstaaten und Herkunftsgesellschaften. Als erste Anlaufstelle soll sie den Zugang zu Informationen über Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland eröffnen – wie vielfach auch aus der Wissenschaft gefordert.

Die Einrichtung der Kontaktstelle ist ein wichtiger Schritt hin zu größtmöglicher Transparenz. In den „Eckpunkten“ sind Transparenz und Dokumentation von Sammlungen und Beständen als ein zentrales Ziel von Bund, Ländern und Kommunen benannt. Zahlreiche deutsche Museen und andere Institutionen arbeiten bereits an einer Inventarisierung und Digitalisierung ihrer Bestände und stellen Daten zur Verfügung, die in die beratende und vernetzende Arbeit der Kontaktstelle einfließen können.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters: „Transparenz herzustellen, ist in den Ersten Eckpunkten als wichtiges Handlungsfeld definiert und wird eine zentrale

Aufgabe der heute gegründeten Kontaktstelle sein. Unsere Arbeitsgemeinschaft aus Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden nimmt sich dieses Themas jetzt unmittelbar an. Sie wird den Dialog mit Expertinnen und Experten sowie Betroffenen im Interesse eines offenen, respektvollen und partnerschaftlichen Miteinanders suchen und möglichst kurzfristig umsetzbare Lösungen vorschlagen.“

Carsten Brosda, Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg und Vorsitzender der Kulturministerkonferenz (Kultur-MK): „Unsere Ziele sind transparente Informationen über die Objekte und die Kooperation mit den Herkunftsstaaten und den -gesellschaften.“

Die Einrichtung der Kontaktstelle zeigt praktisch, dass der gesamtstaatliche Konsens der ‚Ersten Eckpunkte‘ wirkt. Als erste Anlaufstelle für Rückgabebestrebungen wird sie dazu beitragen, Restitutionsverfahren zu erleichtern. Sie ist ein wichtiger Baustein für die Verständigung und Versöhnung mit den vom Kolonialismus betroffenen Gesellschaften.“

Michelle Müntefering, Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt: „Das Auswärtige Amt unterstützt die internationalen Aspekte der Arbeit der Kontaktstelle, insbesondere im Bereich der internationalen Kooperation und möglicher Rückgaben. Nur gemeinsam mit den Herkunftsstaaten und Herkunftsgesellschaften kann die Aufarbeitung unserer kolonialen Vergangenheit gelingen.“

Oberbürgermeisterin Katja Wolf, Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages, für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund): „Auch Städte, Kreise und Gemeinden stellen sich als Träger der meisten öffentlichen Museen, Archive und Bibliotheken der Verantwortung, die deutsche Kolonialgeschichte aufzuarbeiten. Die Kontaktstelle ist ein erster wichtiger Schritt dafür.“

NRW.BANK.Ideenwettbewerb 2019–2020
60.000 Euro für die besten kommunalen Ideen

Jetzt anmelden!

www.nrwbank.de/ideenwettbewerb



**„Wir lernen jetzt für die digitale
Zukunft. Und das soll Schule machen.“**

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Möglich gemacht mit dem Programm NRW.BANK.Gute Schule 2020.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen



NRW.BANK

Wir fördern Ideen

Deutscher Städtetag trauert um seinen ehemaligen Präsidenten Günther Bantzer



Der Deutsche Städtetag trauert um seinen ehemaligen Präsidenten Günther Bantzer, der seit 1983 Ehrenmitglied des kommunalen Spitzenverbandes war.

Der langjährige frühere Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel ist

am 16. Oktober im Alter von 98 Jahren verstorben.

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung sagte: „Der Deutsche Städtetag gedenkt Günther Bantzer in großer Dankbarkeit. Als Präsident und Vizepräsident unseres Verbandes hat er das Ansehen der Städte in der Bundesrepublik Deutschland zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Eindringlich vertrat er, dass die Bürgernähe des Staates zuerst über die Kommunalpolitik wirksam wird, weil die Entscheidungen auf kommunaler Ebene die Bürger ganz unmittelbar betreffen. Er setzte sich für eine partei-

übergreifende Geschlossenheit der Städte ein, um auf bundespolitischer und europäischer Ebene erfolgreich die Interessen der Städte zu vertreten und die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Günther Bantzer galt als pragmatischer Politiker mit Ideen und Überzeugungskraft. Er engagierte sich leidenschaftlich für soziale Belange. Maßgeblich war er an der Gründung der Stiftung Hilfswerk Berlin beteiligt, dem Grundstein für die spätere ARD-Fernsehlotterie, mit der bis heute soziale Projekte in den Kommunen gefördert werden.

Der Deutsche Städtetag spricht seiner Familie sein tiefempfundenes Mitgefühl aus. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.“

Günther Bantzer war 1979 bis 1980 Präsident des Deutschen Städtetages und 1977 bis 1979 Vizepräsident. Davor engagierte er sich sechs Jahre als Stellvertreter des Präsidenten. Dem Präsidium des Deutschen Städtetages gehörte er von 1968 bis 1980 an. Ehrenmitglied des kommunalen Spitzenverbandes wurde er im Jahr 1983. Günther Bantzer war von 1965 bis 1980 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel.

Bei der Integration ist einiges erreicht – Integrationsklima muss sich noch verbessern

Die Bundeskanzlerin hat sich am 1. Oktober in Berlin mit Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen zu einem Gespräch zur Flüchtlingspolitik und Integration getroffen. Aus diesem Anlass erklärte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, der an dem Gespräch teilnahm:

„Integration ist eine Daueraufgabe. Wir haben dabei seit der Flüchtlingszuwanderung 2015 und 2016 einiges erreicht. Viele Bürgerinnen und Bürger in den Städten unterstützen Vielfalt und leben Toleranz.“

Doch wir wissen auch, dass es bei einem Teil der Menschen Ängste vor Überfremdung gibt und Sorgen in der einheimischen Bevölkerung, zu kurz zu kommen. Wir müssen deshalb die Anstrengungen verstärken,

das Integrationsklima noch zu verbessern. Integration bleibt auch in den nächsten Jahren eine zentrale Aufgabe.

Wir müssen in den Debatten um Integration und Zuwanderung zuhören und Sorgen ernstnehmen. Wir brauchen Sachlichkeit in der Debatte, um Integration und Toleranz zu fördern und Vorbehalte abzubauen. Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Integration können sich vor allem dort entwickeln, wo Menschen einander begegnen und kennenlernen. Deshalb ist es wichtig, dass Räume entstehen, in denen solche Begegnungen stattfinden können und die allen offenstehen, einheimischer Bevölkerung und den neu Zugewanderten. Wir wollen in den Städten die Integration vorantreiben. Hierfür brauchen wir dauerhaft finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern.“

Klimaneutrales Wachstum in Heidelberg: die Bahnstadt als Leuchtturmprojekt

Von Professor Dr. Eckart Würzner

Bis 2009 lag südlich des Heidelberger Hauptbahnhofes eine riesige Industriebrache: der ehemalige Güterbahnhof. Heute pulsiert dort das Leben. Innerhalb von zehn Jahren ist an dieser Stelle ein ganzer Stadtteil gewachsen: die Bahnstadt – das Zuhause von derzeit rund 4.300 Menschen und der Arbeitsplatz für knapp 3000 Beschäftigte. Die Bahnstadt bietet ein urbanes Umfeld mit optimalen Bedingungen für Bewohner, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es gibt Kitas, eine Grundschule, Geschäfte sowie zahlreiche Freizeitmöglichkeiten. Das junge Quartier ist in vielerlei Hinsicht ein Vorbild. Es zeigt, wie Städte wachsen können, ohne das Klima und die Umwelt zu belasten. So entstand eine der größten Passivhaussiedlungen der Welt, mit einer regenerativen Strom- und Wärmeversorgung, mit kurzen Wegen im Stadtteil und zum Hauptbahnhof sowie mit einem Straßenbahnanschluss, Radschnellwegen und vielem mehr.

Stadt wird selbst Entwicklerin

Heidelberg hat einen enormen Bedarf an zusätzlichem Raum für Wohnen, Wissenschaft und Unternehmen. Und die Bahnstadt bietet nun neuen Wohn- und Arbeitsraum für über 12.000 Menschen. Seitdem die ersten Einheiten fertiggestellt sind, ist die Nachfrage ungebrochen groß.

Dabei sah es anfangs gar nicht nach einem Erfolg aus. Zunächst kam das Projekt nur zögerlich voran. Die Stadt war so vorgegangen, wie es bis dahin alle Städte machten: Es werden schöne Pläne entworfen. Und dann wartet man, dass private Unternehmen kommen, die das Areal kaufen und das bauen, was sich die Stadt wünscht. Das finanzielle Risiko tragen dabei die Unternehmen. Aber teuer darf es natürlich auf keinen Fall werden. Das war der Ausgangspunkt bei der Oberbürgermeisterwahl 2006. Auch die damalige Eigentümerin des Areals, die Deutsche Bahn, war nicht bereit, das Risiko für eine so große Entwicklung zu übernehmen. Es zeigte sich, dass die Stadt Heidelberg nicht über die klassischen Instrumentarien, also nur über das Baurecht, die eigenen Ziele erreichen würde.

So entstand die Idee: Die Stadt Heidelberg kauft alles und wird selbst als Entwicklerin aktiv. Nur so ließen sich die eigenen Ideen möglichst weitreichend umsetzen. Mit dieser Konstruktion kann bis heute nur jemand ein Grundstück in der Bahnstadt bekommen, der sich an die städtischen Vorgaben hält. Erst dadurch konnte das ökologische Konzept auch in die Praxis umgesetzt werden.

Suche nach starken Partnern

Die Schwierigkeit dabei ist: Wenn jemand ein so riesiges Gebiet kauft, muss es sehr schnell entwickelt werden. Sonst geht einem finanziell die Luft aus. Die Stadt suchte sich daher starke Partner und gründete eine Entwicklungsgesellschaft. Sie wurde getragen von der Sparkasse Heidelberg, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GGH und der Landesbank Baden-Württemberg. Diese drei haben die Entwicklungsgesellschaft Heidelberg gegründet, kurz EGH. Sie hat das Areal angekauft und konnte mit der Erschließung in Vorleistung gehen. Das war der Durchbruch für die Entstehung der Bahnstadt.

Ganz zentral war es, das Vertrauen der Beteiligten zu gewinnen. Der Prozess hat dann hervorragend geklappt, weil alle Personen, auch die Partner auf der Landesbankseite, gesagt haben: Ja, das können wir schaffen. Und natürlich auch, weil der Gemeinderat diesen Personen und diesen Institutionen vertraut hat. Dennoch war es ein enormes Risiko. Die EGH hat weit über 300 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert. Man muss das auch im damaligen Kontext sehen. Es war genau in der Phase, in der die Banken- und Finanzkrise ausgebrochen war. Niemand wusste, wie sich die Nachfrage nach Bauprojekten entwickelt. Anfangs war kein einziger Heidelberger Investor bereit, einen Fuß in die Bahnstadt zu setzen. Die städtische Tochterfirma GGH hat dann den ersten Schritt gemacht mit 80 Wohnungen an der Schwetzingener Terrasse. Die Nachfrage war so enorm, dass die Wohnungen verlost werden mussten. Ab diesem Zeitpunkt war das Interesse auf einmal groß.



Heidelberg, Bahnstadt-Promenade.
Foto: Christian Buck

Bislang wurden in der Bahnstadt rund 2.500 Wohnungen mit einer Wohnfläche von knapp 164.000 Quadratmetern fertiggestellt. Im vergangenen Jahr sind 276 neue Wohnungen entstanden – mehr als zwei Drittel davon mit drei oder mehr Zimmern. 156 Betriebe und Geschäfte haben sich angesiedelt.

Das Wichtigste ist aber, dass die Bahnstadt ein so lebendiger und vielfältiger Stadtteil geworden ist. Jeder zweite Bewohner ist jünger als 30 Jahre, jeder fünfte Bahnstädter ein Kind oder ein Jugendlicher. Dort wohnen so viele junge Familien, dass bereits die achte Kita eröffnet hat.

Lebendigkeit im Stadtteil

Für die Lebendigkeit des neuen Stadtteils wurde einiges getan: So beauftragte die Stadt Heidelberg 2012 das Kulturfenster, einen gemeinnützigen Verein zur Förderung von Jugendarbeit, Bildung und Kultur, einen Begegnungsort aufzubauen. Aus diesem früheren Nachbarschaftstreff entstand der heutige Stadtteilverein. Dessen Mitglieder treffen sich im Bildungs-, Betreuungs- und Bürgerhaus B³. Dorthin laden sie zu selbst organisierten Veranstaltungen und Aktionen für alle Generationen ein. Einen Höhepunkt bildet das jährliche Bahnstadtfest, das im Juli zum zehnjährigen Geburtstag des jungen Quartiers stattfindet.

Weitere Entwicklung

Derweil wächst das junge Viertel weiter. Bis 2022 soll die Bahnstadt fertiggestellt sein. 6.800 Menschen sollen dann dort leben, insgesamt bis zu 6.000 Arbeitsplätze entstehen. Wissensintensive und forschungsnaher Unternehmen, aber auch Gewerbetreibende und Handelsunternehmen finden dort Gewerbeflächen mit der passenden Infrastruktur. 2022 ist die Eröffnung eines Konferenzzentrums geplant – ein Leuchtturmprojekt für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Heidelberg.

Das neue Konferenzzentrum wird künftig Austragungsort für nationale und internationale Kongresse. Der Große Saal soll bis zu 1.800 Sitzplätze bieten, der Kleine Saal 800 Sitzplätze. Das Nahversorgungszentrum „Westarkaden Heidelberg“, dessen Bau sich in der Schlussphase befindet, ergänzt das bisherige Angebot an Einkaufsmöglichkeiten und Restaurants: Dort entstehen auf einer Gesamtfläche von 11.700 Quadratmetern Einkaufs- und Gastronomieangebote für die Menschen aus dem Stadtteil und ganz Heidelberg.

Weltweite Beachtung und Vorbildcharakter

Die Bahnstadt ist eines der meistbeachteten Stadtentwicklungsprojekte weltweit. Delegationen aus der ganzen Welt schauen sich in Heidelberg an, wie klimaneutrales Wachstum gelingen kann.

Dieser Ansatz ist von hoher Bedeutung, denn die Weltbevölkerung wächst rasant. Und es drängt die Menschen immer stärker in die Städte. Heute leben vier Milliarden Menschen in Städten, 2050 werden es voraussichtlich 6,5 Milliarden sein. Die Vereinten Nationen haben hierzu 17 Nachhaltigkeitsziele beschlossen.

Es ist wichtig, dass die Nationalregierungen diese Ziele übernehmen. Aber das ist wie mit der Bahnstadt: Gute Pläne sind wichtig. Aber sie reichen nicht aus. Man muss sie auch umsetzen. Dazu haben gerade die Städte gute Möglichkeiten. Das hat die Stadt Heidelberg mit der Bahnstadt gezeigt.

Professor Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

»ENERGIEEFFIZIENZ IN KOMMUNEN: JETZT BERATEN LASSEN!«

Mehr Informationen auf machts-effizient.de

DEUTSCHLAND

MACHT'S

EFFIZIENT.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Kommunale Partnerschaft auf Augenhöhe: Garbsen und Neustadt am Rübenberge bündeln ihr Infrastruktur- und Netzgeschäft

Von Uwe Sternbeck und Dr. Christian Grahl

„Gemeinsam Zukunft meistern“ – so lautet das Motto der beiden Kommunen Neustadt am Rübenberge und Garbsen aus der Region Hannover seit Gründung ihres gemeinsamen Tochterunternehmens „LeineNetz GmbH“. Durch eine gleichberechtigte Beteiligung von je 50 Prozent bündeln die beiden Städte bereits seit 2016 sogenannte Shared-Service Bereiche um Synergien zu nutzen, wie beispielsweise IT-Dienstleistungen, das Messwesen, die Marktkommunikation und Netzwirtschaft. 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seitdem von den Stadtnetzen Neustadt a. Rbge GmbH & Co.KG und den Stadtwerken Garbsen GmbH in die LeineNetz gewechselt. Zum ersten Januar 2020 wird die LeineNetz massiv erweitert und somit das Erfolgsprojekt fortgesetzt. Rund 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dann für den kompletten Betrieb der Strom-, Gas-, Wasser-, Wärme-, Lichtwellenleiter- und Beleuchtungsnetze für die Städte Neustadt und Garbsen zuständig sein.

Beide Aufsichtsräte haben den Zusammenschluss von Anfang an positiv begleitet und alle notwendigen Beschlüsse gefasst. Die Städte bündeln den Betrieb, bleiben jedoch Eigentümer ihrer Energieversorgungsnetze mit dem sogenannten Pachtmodell. Möglich gemacht hat die Partnerschaft unter anderem die Einigung auf dieses Modell. Es sichert auf der einen Seite den kommunalen Einfluss, denn die Kommunen können durch ihr Eigentum über die Wirtschafts- und Investitionspläne Einfluss auf die Netzentwicklung nehmen, und auf der anderen Seite die Synergien im Betrieb in der LeineNetz. Die Strukturen des Aufsichtsrats sind in der Aufbauphase bewusst schlank gehalten bei wechselnden Aufsichtsratsvorsitzenden der beiden Städte. Dadurch können Beschlüsse gut vorbereitet und gefasst werden.

LeineNetz ist Zukunftsinvestition

Herausforderungen im Infrastruktur- und Netzgeschäft gibt es genügend und nicht zuletzt steigt auch der Kostendruck. Der Zusammenschluss beider Städte ist also auch eine Investition in die Zukunft. Wenn Garbsen und Neustadt das Geschäft künftig jeweils nur für sich machen würden bei steigender Komplexität, müssten beide mittelfristig mehr Personal einstellen. Das würde die Kosten erhöhen. Es gibt derzeit über

100 Gesetze, Richtlinien und Verordnungen in der Energiewirtschaft. Die Beauftragung eines externen Dienstleisters oder auch die Vergabe von Leistungen an einen Energiekonzern, beispielsweise für die Abrechnung, würde hier Arbeitsplätze vernichten. Auch würden beide Städte Know-how verlieren und ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Die LeineNetz ist somit Kompetenzbewahrer, Kostenoptimierer, Qualitätssicherer und ist als moderner Arbeitgeber sowie Kundendienstleister eine Bereicherung für beide Kommunen. Ein weiterer Vorteil der gemeinsamen Tochter: Die Teamgrößen sind stabiler. Waren früher in den Einzelgesellschaften zeitweise 1,5 Personenjahre für eine Aufgabe notwendig, so gibt es nun drei Personenjahre im Team. So können Ausfallzeiten besser aufgefangen werden. Auch bietet die kommunale Zusammenarbeit die Chance einer besseren Auslastung der „Hardware“, wie zum Beispiel im Geräte- oder Fuhrparkbereich mit Steiger, Entstörungsfahrzeug, und vieles mehr. Die Wirtschaftlichkeit wird durch die LeineNetz so grundsätzlich stärker in den Fokus gestellt.

In der Energiewirtschaft stellt sich wie auch in den Kernverwaltungen immer mehr die herausfordernde Aufgabe, geeignetes Personal heute und künftig zu rekrutieren. Die LeineNetz bietet die Möglichkeit sich als attraktiver, größerer Arbeitgeber in den Schulen und Universitäten der Region zu positionieren. Dieser positive Effekt ist bereits spürbar. Für beide Städte ist es absolut wichtig, dass die Infrastruktur für die Zukunft gut aufgestellt ist und die Prosperität beider Städte absichert. Auch waren rein monetäre Gründe von Bedeutung. Die Gewerbesteuer bleibt in vollem Umfang für die Städte erhalten und die LeineNetz bietet für ihre kommunalen Gesellschafter die Chance, die Wirtschaftlichkeit durch den Zusammenschluss zu steigern und so trotz der vierten Anreizregulierung der Regulierungskammer die heutige Ertragskraft zu halten.

Bessere Organisations- und Prozessstruktur

Durch die Zusammenlegung vieler Aufgabenbereiche in der LeineNetz konnte auch die Organisations- und Prozessstruktur neu ausgerichtet werden; weg vom

klassischen Netzbetreiber und hin zum Kundendienstleister. So wurden zwei Geschäftsbereiche neu gebildet: Unternehmensentwicklung und Digitalisierung sowie Vertrieb und Kundenmanagement.

Die Ausrichtung auf die Kundenbedarfe wurde damit organisatorisch wie auch digital vollzogen. So wird bis Ende Dezember der Geschäftsprozess „Digitaler Hausanschluss“ etabliert. Auch gibt es beiden Städten die Möglichkeit technologisch wie wirtschaftlich Kundenthemen wie E-Mobilität und öffentliche Lade-Infrastruktur harmonisiert in den Markt zu bringen. Skaleneffekte werden in der Bearbeitung, in der Ausschreibung und im Betrieb der E-Mobilität gehoben. Gleiches gilt für Speichersysteme und dezentrale Energieversorgungsanlagen.

Erstes großes Projekt: Der Smart Meter Rollout ab 2020

Garbsen und Neustadt haben die Grundzuständigkeit für den Betrieb von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen zum ersten Januar 2018 bereits auf die LeineNetz übertragen. Nach dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) sind Kunden mit mehr als 6000 Kilowattstunden Strom pro Jahr mit intelligenten Zählern statt der konventionellen Zähler auszustatten. Diese Smart Meter sind in der Lage, alle Daten über den Stromverbrauch an einen Dienstleister zu senden, der die Abrechnung übernimmt. Die konventionellen, schwarzen Zähler verschwinden langfristig aus jedem Haushalt. Kleinverbraucher mit weniger

als 6000 KWh werden auf digitale Zähler umgerüstet. Eine Menge Arbeit für die Monteure der LeineNetz, die in der Zusammenarbeit besser zu leisten ist.

„LeinenLos 2020: Zukunft erfolgreich meistern“

Im Projekt „LeinenLos 2020: Zukunft erfolgreich meistern“ gibt es neben einem Steuerungskreis rund 15 Detailprojekte. Diese reichen vom IT-Projekt bis zur strategischen Ausrichtung, einem Detail-Projekt zur Integration/Kultur und der Strukturbildung in den Geschäftsbereichen. Das Projektmanagement hat die LeineNetz selbst übernommen und wurde lediglich in der Moderation des Projektes und im Detail-Projekt Integration/Kultur durch Externe verstärkt. Die Geschäftsführungen vertreten dabei von Anfang an die Auffassung, dass Managementqualitäten auch im Projekt- und Veränderungsmanagement in Eigenregie entwickeln werden können. Der Aufsichtsrat und die Geschäftsleitung haben deshalb auf die Unterstützung eines größeren Beraterengagements verzichtet und holen sich lediglich in Einzelfragen Unterstützung. Die LeineNetz könnte auch deshalb Leuchtturmcharakter für die kommunale Zusammenarbeit auf Augenhöhe in Niedersachsen haben.

Uwe Sternbeck
Bürgermeister der Stadt Neustadt am Rübenberge

Dr. Christian Grahl
Bürgermeister der Stadt Garbsen



LeineNetz GmbH
www.leinenetz.de

Neustadt am Rübenberge

Garbsen

	Neustadt am Rübenberge	Garbsen
Einwohner	rund 47.000	rund 63.000
Gesellschafter	50 %	50 %
Geschäftsführer	Dieter Lindauer	Siegbert Hahnefeld
Stromnetzkunden	rund 63.000	
Gasnetzkunden	rund 30.000	
Wassernetzkunden	rund 7.000	
Straßenbeleuchtungspunkte	rund 14.000	
Wärmnetzkunden	rund 300	
Stromeinspeiser	2000	
Energielieferanten	200	

Übersicht: Garbsen und Neustadt am Rübenberge bündeln ihr Infrastruktur- und Netzgeschäft.

Quelle: LeineNetz GmbH

STADTWERKE AWARD 2019 geht nach Wuppertal, Herne und Solingen

Mit dem innovativen Wasserstoff-Projekt „H2-W – Wasserstoffmobilität für Wuppertal“ gewinnen die WSW Energie & Wasser AG den ersten Platz des STADTWERKE AWARD. In Wuppertal werden Abfälle als Basis für die Herstellung von Wasserstoff genutzt. Dieser wird anschließend in Wuppertaler Brennstoffzellen-Bussen eingesetzt. Mit der Stadtwerke Solingen GmbH und der Stadtwerke Herne AG gewinnen gleich zwei Stadtwerke den STADTWERKE AWARD in Silber. Die Stadtwerke Solingen GmbH bieten mit dem HauswächterPlus einen einfach zu installierenden und kostengünstigen Sensor an, mit dem der Kunde seinen Haushalt einfach überwachen und steuern kann. Die Stadtwerke Herne AG verwirklichen im Herner Klimaviertel Sodingen diverse Energiekonzepte für klimaneutrales Wohnen. Der STADTWERKE-AWARD wurde in diesem Jahr zum zehnten Mal vergeben. Weitere Informationen unter www.stadtwerke-award.net.

Alles fahren zum fixen Preis: Augsburg bietet Mobilitäts-Flatrate

Mit einer Flatrate für Mobilität können in Augsburg ab 1. November Bus und Tram, Carsharing-Auto und Leihrad aus einer Hand genutzt werden. Die Mobil-Flat der Stadtwerke Augsburg (swa) ist ab sofort buchbar. Es gibt sie in zwei Preispaketen für 79 und 109 Euro monatlich, je nachdem wie oft Carsharing genutzt wird. Enthalten ist immer ein Mobil-Abo Innenraum für den Nahverkehr mit einem Wert von aktuell 52,50 Euro und die kostenfreie Nutzung von swa Rad jeweils bis zu 30 Minuten, auch mehrmals am Tag.

Das swa Carsharing verfügt über mehr als 70 Standorte und 200 Autos aller Fahrzeugklassen in Augsburg und der Region. Außerdem gibt es neun Elektroautos in einem stationsunabhängigen System, dem sogenannten Freefloating. Weitere Informationen und die Möglichkeit für Buchungen finden Sie im Internet unter www.sw-augsburg.de/mobil-flat.

Fachinformationen

Datenerhebung: Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger

Bis Ende November 2019 führt das Institut „SOKO Sozialforschung und Kommunikation“ in Bielefeld bei den kommunalen Jugendämtern eine Online-Datenerhebung zur Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland durch.

Auftraggeber ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Es bittet um Unterstützung der Umfrage.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, jährlich einen Bericht zur Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger abzuliefern. Dieser soll in die Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher einfließen.

Einigung mit dualen Systemen zur Sammlung von Papier, Pappe, Karton

Nach intensiven Verhandlungen haben sich die kommunalen Spitzenverbände und die im Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) organisierten bundesweit genehmigten Betreiber dualer Systeme auf eine Übergangsregelung bei der Mitbenutzung der kommunalen PPK-Sammlung (Papier, Pappe, Karton) verständigt. Sie ist für die Jahre 2019 bis 2021 gültig.

Der Einigungsprozess war notwendig, um eine neue Regelung im Verpackungsgesetz umzusetzen. Der Deutsche Städtetag begrüßt diese Einigung, weil die Kommunen damit eine Grundlage haben, die häufig strittige PPK-Erfassung einvernehmlich zu regeln und so zu einer Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen zu gelangen.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG HAT DIE WELT VOR AUGEN



Globale Entwicklungsziele kommunal umsetzen

Die 17 globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030 bieten Anlass und unzählige Möglichkeiten, eine lebenswerte und zukunftsfähige Kommune für kommende Generationen zu gestalten. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Landkreise, Städte und Gemeinden auf diesem Weg.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de



mit ihrer



Im Auftrag des



Deutscher Städtetag



Charlotte Britz, langjährige Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken, ist am 1. Oktober aus ihrem Amt als Oberbürgermeisterin ausgeschieden und damit auch aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages.

Die Sozialdemokratin war seit 2015 Stellvertreterin der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Seit 2013 engagierte sie sich im Präsidium und seit 2004 im Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes. Die Geschicke der Landeshauptstadt Saarbrücken leitete sie seit 2004. Städtetagspräsident Burkhard Jung dankte Charlotte Britz für ihren Einsatz für den Städtetag und die Anliegen der Städte.

Neu im Amt



Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA): Niklas Benrath (rechts im Bild) ist neuer Hauptgeschäftsführer und **Dr. Wolfgang Spree** (links im Bild) ist neuer Geschäftsführer der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände. Die neue Führungsspitze des Dachverbandes der kommunalen Arbeitgeberverbände ist seit dem 1. Oktober im Amt. Benrath war zuvor Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Rheinland-Pfalz und Dr. Spree war zuletzt als Referatsleiter im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat beschäftigt.

Geburtstage



Der Oberbürgermeister der Stadt Hanau, **Claus Kaminsky**, wird am 7. November 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2003 die Geschicke der Stadt.



Steffen Scheller, Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, feiert am 27. November seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat steht seit 2018 an der Spitze der Stadt.



Der Oberbürgermeister von Annaberg-Buchholz, **Rolf Schmidt** (Freie Wählergemeinschaft), wird am 29. November 60 Jahre alt. Er steht seit 2015 an der Stadtspitze und engagiert sich als stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für mittlere Städte des Deutschen Städtetages.

Fotos: Iris Maria Maurer; Marco Fechner; Stadt Hanau, Kai Pfaffenbach; Karoline Wolf; Marcel Drechsler. Foto Seite 6: Stadt Kiel.

Folgen Sie dem Deutschen Städtetag auf Twitter unter  [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag).



Gemeinsam allem gewachsen.



Gemeinschaft kommt nicht von allein. Gemeinschaft kommt von schaffen. Darum unterstützen wir Sportler, Künstler, Unternehmer vor Ort und all die anderen, die sich für andere stark machen.

Nachhaltigkeit

Netzwerk21Camp 2019

Barcamp zum Thema Nachhaltigkeit
12. bis 13. November 2019 in Berlin

Weitere Informationen unter

<https://www.netzwerk21kongress.de/kongress/barcamp-2019/>

Finanzen

Digital Finance Summit 2019

Konferenz zur Digitalisierung des Finanzmanagements
im öffentlichen Sektor

18. bis 19. November 2019 in Hamburg

Weitere Informationen unter

<https://www.hamburg.de/fb/digitalfinance/>

Denkmalpflege

Denkmaltagung „Denkmal – Heimat – Identität. Denkmalpflege und Gesellschaft“

27. bis 29. November 2019 in Dresden

Weitere Informationen unter

www.staedtetag.de/veranstaltungen/089973/index.html

Energie

Fachmesse E-World „Energy & Water“

11. bis 13. Februar 2020 in Essen

Weitere Informationen unter www.e-world-essen.com

Digitalisierung

Digitaltag 2020 – Digitalisierung gemeinsam gestalten

19. Juni 2020, bundesweit

Weitere Informationen unter

www.staedtetag.de/veranstaltungen/090039/index.html

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Oktober 2019

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de